

Tagesordnungspunkt 2

der öffentlichen Sitzung des Ortsbeirates des Ortsbezirkes Wiesbaden-Erbenheim am 18. Oktober 2011

Liegenschaftsanforderung der US-Streitkräfte ID Nr. 3983 - Wiesbaden - Erbenheim

Beschluss Nr. 0053

1. Die Sitzungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.
Aus der Sicht des Ortsbeirates Erbenheim besteht noch erheblicher Aufklärungs- und Abstimmungsbedarf, wie unter Ziff. 2.1 - 2.5 näher ausgeführt.
2. Magistrat und Stadtverordnetenversammlung werden nachdrücklich aufgefordert, alle politischen und rechtlichen Möglichkeiten konsequent auszuschöpfen, um die Grundpositionen der Stellungnahme vom 29.08.2011 (Anlage 3 zur SV) durchzusetzen.

Begründung:

- 2.1. Der Ortsbeirat Erbenheim vermisst ein aussagefähiges Entwicklungskonzept für das gesamte Flugplatzgelände, aus dem eindeutig die Auswirkungen und Folgelasten aus der Flugplatzzerweiterung für den Ortsbezirk Erbenheim und die Bevölkerung hervor gehen.

Weiterhin fehlt eine klare Aussage, ob und ggfs. In welchem Umfang noch weitere Grundstücksanforderungen zu erwarten sind.

- 2.2. Durch die jetzt vorgesehene Erweiterung sind rd. 41.000 qm hochwertige landwirtschaftliche Ackerflächen betroffen, die zukünftig nicht mehr für diesen Zweck nutzbar sein werden. Ist ein vollständiger Ausgleich für die Landwirtschaft vorgesehen?
Wenn ja, in welchem Bereich soll dies sein?
- 2.3. Offensichtlich befindet sich ein erheblicher Teil der benötigten Grundstücksfläche in Privatbesitz. Falls es nicht zur gütlichen Einigung kommt, ist dann mit Enteignungsverfahren zu rechnen? Kann dies zum Scheitern bzw. zumindest zu erheblichen zeitlichen Verzögerungen der vorgesehenen Erweiterung führen?
- 2.4. Besonders gravierend ist aus unserer Sicht die Tatsache, dass die verkehrliche Erschließung in keiner Weise gesichert ist. Das Erbenheimer Straßennetz ist bereits heute vollständig überlastet und nicht in der Lage noch weiteren Verkehr aufzunehmen.

Immerhin ist innerhalb des gesamten Flugplatzgeländes ein Bevölkerungsanstieg bzw. -zuwachs von über 4.000 Personen zu verzeichnen, die auch erheblichen zusätzlichen Kfz-Verkehr auslösen werden.

- 2.5. Äußerst befremdlich finden wir die Tatsache, dass die zusätzliche Erschließung durch und über Erbenheim geführt werden soll, obwohl die Stadt dies bereits zu Beginn des Verfahrens - unter Hinweis auf vorliegende Verkehrsgutachten und besser geeigneten Alternativen, z. B. nördliche Anbindung mit direktem Anschluss an die A 66 - nachdrücklich abgelehnt hat (Anlage 3 zur SV, A 6).

Es entsteht der Eindruck, dass die Vorstellungen der US-Streitkräfte kurzfristig und wider besseres Wissen exekutiert werden sollen. Mit dem in Sonntagsreden immer wieder beschworenen guten partnerschaftlichen Verhältnissen ist dies nicht vereinbar. Die Vorgehens- und Verhaltensweise erinnert fatal an die typische Arroganz einer Besatzungsmacht.

Verteiler:

Dez IV z.w.V.
Amt 61

Reinsch
Ortsvorsteher